

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

274 (21.11.1896) I. Blatt



**Ausgabe:**  
Wöchentlich zwölf Mal.  
**Abonnementpreis:**  
Vierteljährlich:  
In Karlsruhe durch die Agenten bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,  
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 60 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung.

**Verlagsgebühren:**  
Die 11paltige Hofmeister-  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Reklametheile 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenutzte gebliebene Einze-  
lungen werden nicht aufbe-  
wahrt und können nachträg-  
liche Honorar-Ansprüche keine  
Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 8.

Telephonanschluß Nr. 401.

Nr. 274. I. Blatt.

Karlsruhe, Samstag, den 21. November

1896

## Vom Tage.

Karlsruhe, 20. Novbr.

### Zur polnischen Agitation.

Die Tagung des preuß. Landtags hat noch nicht begonnen, und schon lassen die Polen ankündigen, daß sie mit der Regierung wegen ihrer thatkräftigeren Haltung gegenüber den polnischen Annahmungen und Ausschreitungen einen tüchtigen Strauß auszufechten gedenken. Während sie die Bepfechtung der Vorgänge in Opalenitz noch bis zur Staatsberatung aufschieben wollen, sind sie durch den Fahnenverlaß in eine so erbitterte Stimmung geraten, daß sie bereits eine Interpellation über diese Angelegenheit haben anmelden lassen. In dem Berliner Centrumsblatt, das bekanntlich in der Vertretung polnischer Interessen mit dem eifrigsten Polenblatt wetteifert, hat jemand herausgefunden, daß die neuen für die Provinz Posen bestimmten Landesfarben die alten litauischen und polnischen Trauerfarben seien. Ob diese Behauptung richtig ist, muß für den Augenblick ganz gleichgültig sein; für die preussische Regierung kommt es jetzt vor allen Dingen darauf an, dem groben Unfug, der mit den Farben des alten polnischen Königsreiches getrieben wurde, ein Ende zu machen und den Polen zu zeigen, daß die nationalen Kundgebungen von der Schärfe des Gefühls getroffen werden sollen. Daß der Unfug mit den roten weißen Fahnen einen gefährlichen Umfang angenommen hatte, geht wie dem „Schw. M.“ geschrieben wird, daraus hervor, daß sie auch schon von den Polen in Ober-Schlesien, das doch niemals zum selbständigen Königreich Polen gehört hat, als nationales Kennzeichen benutzt wurden. Wenn noch weitere Maßregeln zum Schutze des Deutschen in den Ostmarken von der Regierung angekündigt werden, so ist es mit freudiger Genugthuung zu begrüßen, daß endlich nach den Jahren schwächerer Nachgiebigkeit die Fingel wieder strenger angezogen werden sollen, und es würde nur von Nutzen sein, wenn man auch dabei auf die Schulbildungsfahrten des Erzbischofs v. Stablewski ein aufmerksames Auge hätte; daß diese Reisen, bei welchen Berittene eine freiwillige Weibgarde bilden, schon längst zu nationalen Kundgebungen geworden sind, ist kein Geheimnis mehr. Die dem Erzbischof dargebrachten Huldigungen gelten durchaus nicht dem geistlichen Oberhaupt der polnischen Landesteile, sondern dem Primas, dem Stellvertreter des ehemaligen Königs von Polen; es sind schon Zuschriften offen angebracht worden, die den Gruß enthielten: Heil dem Primas! Die gesamte deutsche Bevölkerung in Posen leidet unter dem Uebermut der Polen und es ist die Pflicht der Regierung, hier Zustände zu schaffen, die dem Deutschthum den berechtigten Schutz gewähren.

### Die französische Kammer.

Das Verhalten der französischen Deputiertenkammer in Sachen des Antrags, betr. Abänderung des Wahlverfahrens für den Senat, ist ein so sonderbares, daß wir noch mit einigen Worten darauf zurückkommen müssen. Der Antrag bezweckte eine Aenderung des Wahlverfahrens nach der Richtung des allgemeinen Stimmrechts hin und er wurde in der Kammer ausdrücklich zur Annahme empfohlen, weil er einen Schritt weiter zur Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts bedeutete. Nach solcher Begründung wurde der Antrag angenommen mit der Bestimmung, daß das neue Wahlverfahren bereits bei den im Januar stattfindenden Erneuerungen zum Senat in Anwendung zu bringen sei. Selbstverständlich konnte die von der Kammer beschlossene Reform erst Gesetzeskraft erlangen, wenn auch der Senat derselben zustimmte, und es war nur eine Konsequenz des Kammerbeschlusses, wenn der Abgeordnete an die Regierung, die sich bisher ganz passiv verhalten hatte, die Frage stellte, ob sie bereit sei, den Beschluß der Kammer im Senat zu vertreten. Ministerpräsident Méline erklärte, daß er das nicht thue, daß er den Kammerbeschuß im Senat nicht bestätigen werde. Daraufhin hätte das Kabinett, das sich dem ausgesprochenen Willen der Kammer widersetze, nach französischer Gepflogenheit absolut notwendig gestürzt werden müssen. Allein nun geschah das ganz merkwürdige, daß die Kammer ihren eben gefassten Beschluß ohne weiteres fallen ließ, indem sie nicht ein Ministrentrauersotium gegen das Kabinett beschloß, sondern die von Méline gewünschte einfache Tagesordnung mit einer Mehrheit von 70 Stimmen annahm. Damit ist die Wahlreform auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben. Der Senat hat natürlich unter den gegebenen Umständen gar keine Gille, Stellung zu der Frage zu nehmen: er hat in seiner vorgestrigen Sitzung den Kammerbeschuß offiziell mitgeteilt bekommen, aber den von einem Mitglied gestellten Antrag, die Bepfechtung dieser Angelegenheit für dringlich zu erklären, mit der großen Mehrheit von 212 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Damit rührt die Sache vorerst. Wenn aber der Senat den Kammerbeschuß selbst ablehnen wird, woran nicht zu zweifeln ist, dann kann die Kammer nach ihrer schwanfenden Haltung vom Dienstag daraus unmöglich eine Streitfrage machen, sie muß die Ablehnung vielmehr einfach hinnehmen. — Die Sozialisten und Radikalen sind natürlich ganz wütend über Kammer und Regierung. Ihre Parteiorgane sind voll von unverschämten Drohungen gegen den Senat und gegen die Regierung und von verächtlichen Bemerkungen über die Kammer, die nicht den Mut gehabt hat, auf der eingeschlagenen Bahn, die allein zum Heile der Republik führen konnte, zu verharren. Die Sozialisten brüsten damit, daß derartige Vorgänge für die Verbreitung ihrer Lehren mehr thun, als alle Vorträge und Propagandareisen, und Camille Pelletan bekommt einen förmlichen Anfall von Verachtungswort gegen den Senat. Der Senat besetze wohl in der That, fügte sich aber nicht auf die Gefährlichkeit, und jedes Votum, das er abgibt, bedeute einfach eine Wucherung. Den Senat mit Gewalt aus der Welt zu schaffen, rät Pelletan nicht, um nicht derartige Sitten in das politische Leben einzuführen, allein es müßte etwas geschehen, um diesen völlig ungesetzhlichen Zustände ein Ende zu machen. Uebrigens finden nicht bloß die Extremen die Haltung der Kammer unbegreiflich, vielmehr sind so ziemlich alle Blätter einig darüber, daß die Kammer mit diesem neuesten Saltomortale noch um einige Zoll tiefer in der öffentlichen Achtung gesunken sei. Statt all dieser Stimmen sei nur die „Figaro“ angeführt, der sonst stets bereit ist, das Lob einer Volksvertretung zu singen, die seinem geliebten Kabinett Méline die Stange hält, er sagt: „Das ist eine schwankende, kraft- und willenlose Politik, ohne Stetigkeit und Festigkeit, eine Politik, die Wasser in ein Sieb schöpft. Wir werden ihr vielleicht nur durch eine Aenderung der Staatsform entrinnen können.“

## Deutsches Reich.

Karlsruhe, 20. Nov. Die „Bad. Natl. Kor.“ schreibt zur Wahl in Mainz: „In Mainz haben die Sozialisten in der Stichwahl den Sieg an das Centrum verloren, den sie im Jahre 1890 erobert hatten. Das Centrum hat ihn gewonnen, weil die

Nationalliberalen in Gegensatz zu den Ultramontanen — man erinnert sich an Dortmund — einseitig genug waren, alles, was uns von den letzteren trennt, für geringer zu halten, als den Gegensatz zu dem revolutionären Sozialismus. Daß das Centrum nur durch nationalliberale Hilfe das Mandat eroberte, ist zweifellos, darüber sind so ziemlich alle Verächter einig, das beweisen auch die Zahlen der in der ersten und in der Stichwahl an den einzelnen Orten abgegebenen Stimmen. Schon die bloße Wahlhaltung der Nationalliberalen hätte den Sozialisten den Sieg gebracht. Sie haben es nicht gethan, obwohl es ihnen schwer fallen mußte gegenüber den unsagbaren und oft gemeinen Angriffen, denen sie von ultramontaner Seite ausgesetzt sind. Sie haben es nicht gethan und sie handeln recht nach unserer Ansicht. Man mag den Gegensatz zwischen Liberalismus und Ultramontanismus noch so scharf betonen und wir lassen es nicht daran fehlen, man mag noch so oft wiederholen, daß zwischen unserer und ultramontaner Denkreise eine völlig andere und durchaus unausgleichbare Weltanschauung liegt, gegenüber der revolutionären Umsturzpartei bleiben sie doch für uns das kleinere Uebel. Wir rechnen nicht auf Gegenseitigkeit, sondern wir denken, daß unsere Parteifreunde in dem heftigen Wahlkampf aus Pflicht- und Vaterlandsgefühl gehandelt haben. Daß wir nicht auf Gegenseitigkeit zu rechnen haben, ersehen wir, wenn wir es nicht schon längst mühten, aus dem „Badischen Beobachter“ und aus der Rede des Herrn Wacker. Der Führer des badischen Centrums erklärt im Gegensatz zu allen anderen Verächtern, daß der Sieg seiner Freunde ohne die Hilfe der Nationalliberalen errungen worden sei. Er habe sich die Zahlen schon vorher zusammengestellt und genau bis auf die letzte Stimme sei es eingetroffen. Wir haben Herrn Wacker von jeher für unsern gefährlichsten Gegner auch deshalb gehalten, weil wir in ihm einen überaus klugen und weitblickenden Mann erkennen mußten, aber als einen so benährten Propheten haben wir ihn doch noch nicht gefamnt. Doch sehen wir von dieser Gabe ab! Warum die Darlegung in der Rede und in einem Artikel des „Beobachters“? Das Centrum darf eben den Nationalliberalen keinen Sieg verdanken, also weg damit! Denn sonst würde die ganze Strategie der badischen Ultramontanen lahm gelegt. Da könnten am Ende Leute doch an eine Gegenleistung denken. Dann müßte aber das Centrum z. B. seine im Wahlkreis Pforzheim im Jahre 1893 beobachtete Haltung verleugnen, bei den nächsten allgemeinen Wahlen auch in Mannheim und möglicherweise sogar in Karlsruhe eine andere Stellung einnehmen. Das ist unmöglich. Also die Liberalen haben uns nicht in Mainz geholfen. Folglich helfen wir mittelbar oder unmittelbar jedem gegen sie, auch den Sozialisten. Es bleibt beim alten. Die Ultramontanen bekämpfen theoretisch in der Presse, in politischen und in scheinbar unpolitischen Reden, besonders wenn man glaubt, bei letzteren auf einflußreiche oder hochgestellte Persönlichkeiten Eindruck zu machen, den Sozialismus, in der Praxis verhilft man ihm zum Sieg. Weiter hat die Auseinandersetzung im „Beobachter“ keinen Zweck. — Aber die Wahl in Mainz bietet auch noch eine andere Seite zur Betrachtung. Wo bleibt der demokratische Aufschwung, von dem das leitende Organ und seine wort- und gedankenvollen Mitarbeiter uns täglich unterhalten. Nun die sich zu solcher Höhe aufschwingenden Echten und Zielbewußten hatten es nicht einmal mit einer eigenen Kandidatur gemagt. Und doch hatten sie im Jahre 1877 den Wahlkreis mit 10 800 Stimmen in der Stichwahl errungen. Da wäre einmal Gelegenheit, von der fortschreitenden Auflösung und Zerlegung einer Partei zu reden. Was ist denn da noch übrig. Die Krümmer geben den Sozialisten die Stimmen und haben sich so hinlänglich gekennzeichnet. So geht die Herrlichkeit zu Ende und die einzige Ausbeute, die sie mit sich nehmen, ist die Einsicht in ihr Nichts.“

Berlin, 19. Nov. Der „Post“ zufolge trat heute die vom Reichskanzler in seiner Rede am Dienstag erwähnte Kommission von Offizieren zur Begutachtung des Entwurfes der Vorschriften über die ehrengerichtliche Behandlung der zwischen Offizieren vorgefallenen Streitigkeiten und Verleumdungen zusammen. — Bei dieser Gelegenheit sei die Meinungsäußerung eines hiesigen Korrespondenten der „Straßb. Post“ erwähnt, der zur ganzen, hier in Frage kommenden Angelegenheit schreibt: „Die Erweiterung der Machtbefugnisse der Ehrenräte ist das einzige Mittel, dem Unfug, der heutzutage manchmal mit der Zuspitzung ganz kleinlicher Angelegenheiten zu Quellen getrieben wird, wirksam zu steuern. Die Ehrenräte müssen das Recht erhalten, ein Duell positiv zu verbieten. Wer sich dann trotzdem duelliert, wird mit schlichtem Abschied entlassen. Die Ehrenräte müssen ferner das Recht erhalten, den Weg vorzuschreiben, auf dem ein schwöbender Ehrenpandant erledigt werden muß, d. h. sie müssen dem einen befehlen dürfen: „Du hast Dich so und so zu entschuldigen!“, und dem anderen: „Du hast Dich mit dieser Entschuldigung zufrieden zu geben! Die Sache ist jetzt endgültig erledigt!“ Das ist der einzige Weg, auf dem etwas zu erreichen ist. Wenn die zu erwartenden Verordnungen über das Duell eine Befestigung des Duellunugs zugrunde legen werden, so wird dies im Heere gleichfalls einbüßend werden, wie im ganzen Volke, von dem das Heer doch nur ein Teil ist.“

Berlin, 19. Nov. Die „Berl. Korresp.“ schreibt: Auf Grund des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 hat der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung die Errichtung von 7 Schiedsgerichten für die am 1. Januar 1897 ins Leben tretende Fleischerei-Berufsgenossenschaft angeordnet. Die Bezirke der neu zu bildenden Schiedsgerichte fallen mit den der Nahrungsmittel-Industrieberufsgenossenschaft zusammen, nur bildet Bayern, welches dort mit dem übrigen Süddeutschland zu einem Bezirk gehört, hier einen eigenen Bezirk. Es umfaßt der so gebildete 4. Bezirk: Hesse-Nassau, Rheinprovinz mit Bielefeld, Westfalen und Waldeck. Sitz des Schiedsgerichtes Köln a. Rh. Bezirk 6: Württemberg, Baden, Hesse, Hohenzollern und Elsaß-Lothringen. Sitz des Schiedsgerichtes: Stuttgart. Bezirk 7: Bayern. Sitz des Schiedsgerichtes: Nürnberg.

Berlin, 19. Nov. Nach der Geschäftsordnung des Börsenausschusses wird der Vorstehende jedesmal für die Dauer eines Jahres gewählt. Es werden zwei Abteilungen gebildet für Waren und Wertpapiere von mindestens 10 Mitgliedern. Wenn der Gegenstand eines Gutachtens insbesondere den Warenhandel oder den Handel mit Wertpapieren betrifft, so ist das Gutachten auf Erfordern des Reichskanzlers von einer Abteilung des Börsenausschusses zu erlassen.

Gamburg, 19. Nov. Dem „Gamb. Korresp.“ wird nach Erfindungen aus besserer Quelle aus Berlin gemeldet, daß von der angelegentlich bevorstehenden Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber in den Marken an Stelle des erkrankten v. Pos nichts bekannt ist. — Der „Nat.-Ztg.“ wird das Gerücht als unbegründet bezeichnet, daß Herr v. Koeller die Wiederwahl als Präsident des preuß. Abgeordnetenhauses nicht annehmen wolle. — Die Abendblätter enthalten eine Erklärung des Pastors Witte,

morin derselbe hervorhebt, daß er auch seinerseits Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts eingeleitet habe, um nicht von Stöcker abhängig zu machen, daß eine nochmalige Verhandlung stattfindet, da Stöcker hinterher die Berufung zurücknehmen könnte. Witte legt Wert auf die Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die vom Schöffengericht nicht vernommen wurden.

Stuttgart, 19. Nov. Von den Stuttgarter Handwerker-Gesellschaften ist an unsere Stadtverwaltung das Gesuch um Aufhebung des Submissionsverfahrens bei den städtischen Arbeiten gerichtet und zur Durchführung dieses Planes sind folgende Vorschläge gemacht worden: 1) Es sollen alljährlich von einer Kommission unter Zurechnung eines bescheidenen Verdienstes die Preise für die einzelnen Branchen normiert und 2) die Arbeiten in einem gewissen Turnus an die Meister vergeben werden, die größeren Arbeiten natürlich unter mehrere Arbeitgeber. Dafür soll aber 3) die Arbeit unter Vernichtung des besten Materials meißtermäßig ausgeführt werden; 4) Meister, die schlechte Arbeit liefern, sollen auf einige Zeit von den Submissionen ausgeschlossen sein; 5) die Abrechnung soll so bald als möglich geregelt und bei größeren Arbeiten sollen Abschlagszahlungen seitens der Stadt gemacht werden; 6) für Streitfälle wäre für jede Branche eine besondere Kommission einzusetzen. Mit diesen Vorschlägen wäre nach Ansicht der Gesellschafter weiter vorwärts zu kommen, als mit der ganzen Handwerker-Vorlage. Unser Oberbürgermeister ist jedoch anderer Ansicht und auf seinen Vorschlag wird den Petenten bedeutet, daß die Stadt zu einer Aenderung ihres Submissionsverfahrens nicht geneigt ist, doch will sie inskünftige kleinere Arbeiten im Turnus vergeben und unter 3000 M. von Stellung einer Kautions absehen.

Straßburg, 18. Nov. Bei der heutigen Landesausschuhwahl wurden von untererösterreichischen Bezirkstag sämtliche auscheidenden Landesauschuhmitglieder wiedergewählt, nämlich Wehrung, Adam Firsi, Höffel und Petri mit je 32 Stimmen, Gunzert, Klein und North mit je 31 Stimmen, Meyer, Seydt und Bad mit je 30, Fuchs mit 28, Reichstagsabgeordneter Spieß mit 21 Stimmen. — Der oberösterreichische Bezirkstag wählte von zehn auscheidenden Landesauschuhmitgliedern neun wieder. An Stelle des bisherigen Landesauschuhmitgliedes Kneuf von Arbes wurde Kneuf von Heimsbrunn gewählt. (Frankf. Ztg.)

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Nov. Wie den Blättern aus Prag gemeldet wird, richtete der Verein böhmischer Zuderindustriellen an die Regierung eine Eingabe, in welcher die Regierung gebeten wird, auf diplomatischem Wege der deutschen Regierung unter Hinweis auf die unumgängliche Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Einschränkung der Zudererzeugung zum Zwecke der Befundung der Zuderindustrie in beiden Reichen eine dringende Vorlage zur Erhöhung zu empfehlen, durch welche die nachstjährige Erzeugung Deutschlands auf 14 Millionen Mark beschränkt würde.

### Schweiz.

Zürich, 19. Nov. Der Verwaltungsrat der Nordostbahn erklärte auf eine Anfrage der Thurgauer Regierung, er sehe kein Bedürfnis für ein zweites Geleise der Eisenbahn von Romanshorn nach Winterthur, er wolle erst die entlastende Wirkung der neuen Linie Konstanz-Schaffhausen-Wasel abwarten. Sollte die Thurgauer Regierung auf sofortiger Entscheidung bestehen, so verlange er eine Entscheidung durch das Bundesgericht und nicht durch den Bundesrat oder ein Schiedsgericht.

### Frankreich.

Paris, 19. Nov. (Senat.) Der Präsident macht von dem von der Kammer angenommenen Antrag betr. die Abänderung des Wahlverfahrens bei den Wahlen zum Senate Mitteilung. Die von einem Mitgliede des Senats geforderte Dringlichkeit für die Bepfechtung dieser Angelegenheit wird mit 212 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

### Balkanhalbinsel.

Athen, 19. Nov. (Deputiertenkammer.) Bei der Wahl zum Präsidium wurden insgesamt 156 Stimmen abgegeben; davon erhielt Zimis, Kandidat der Regierungspartei, 110, Kallis 18 Stimmen, 33 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Oppositionspartei, die Kallisten ausgenommen, enthielt sich der Stimmenabgabe.

Konstantinopel, 19. Nov. Von den seit dem 31. Okt. unter den Waffen stehenden sind wegen Geldmangels mehr als die Hälfte entlassen worden. Der Rest wird in nächster Zeit entlassen werden. — Die Vorkämpfer haben gegen 2 türkische Abgeordnete für die kretensische Justizkommission Einspruch erhoben, weil der Ruf der betr. Personen dieser Stellung nicht entspricht. — Die Kommission zur Umgestaltung der Gendarmerie und zur Einführung von Justizreformen wird in der nächsten Woche nach Kreta abgehen. — Die Wahl des Patriarchen Ormanian erfolgte nahezu mit Einstimmigkeit. Die Bestätigung durch den Sultan wird in kürzester Frist erwartet. Die Wahl hat auf die armenische Gemeinde einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

### Amerika.

Buenos Ayres, 19. Nov. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte eine Inlandssteuer auf Zuder von 6 Centavos per Kilo und eine Ausfuhrprämie von 13 Centavos auf den Kilo Zuder.

## Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 20. Nov. Von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wickers in Heidelberg erhalten wir folgende Zuschrift: Von befreundeter Seite werde ich heute auf die Nummer 267 der „Bad. Land.“ vom 16. d. M. aufmerksam gemacht, in welcher ich zu meinem Erstaunen eine abfällige Kritik der Worte finde, welche ich am 1. d. M. bei der Beerdigung des Herrn Abgeordneten Wittmer in Eppingen auf dem dortigen Friedhofe namens der nationalliberalen Partei gesprochen. Ich möchte Sie bitten, zur Klarstellung des Sachverhalts in Ihrem geschätzten Blatte den untenfolgenden Wortlaut meiner Ansprache bekannt zu geben, aus dem jeder verständige Beurteiler ersehen wird, ob zu Bemerkungen, wie sie mit Bezug auf meine Worte die „Landpost“ macht, ein ausreichender Anlaß gegeben war. Meine Ansprache lautete wie folgt: „Namens der politischen Freunde des so früh Heimgegangenen lege ich tiefersehend diesen Kranz an seinem Grabe nieder. Mit ihm ist aus unseren Reihen ein vortrefflicher Mann geschieden, ein liebenswürdiger, auch von den Gegnern hochgeschätzter parlamentarischer Kollege, eine Persönlichkeit, die durch Selbstständigkeit des Urteils, Thatkraft und Charakterfestigkeit



ausgezeichnet war. Treue Liebe zum Vaterlande, zu unserer weite-  
ren wie zu unserer engeren Heimat, war der Grundzug seines  
Wesens. Schon in jungen Jahren hat er sie als tapferer Mit-  
streiter in dem großen Entscheidungslampfe gegen Frankreich be-  
währt. Aber auch im politischen Leben und speziell in der zweiten  
badischen Kammer, in die er 1883 als unmittelbarer Nachfolger  
seines hochangesehenen, erst seit einigen Jahren in Gott ruhenden  
Vaters eintrat, war sein ganzes Wirken von echtem, wahrhaftem  
Patriotismus getragen. Die Wohlfahrt unseres schönen Landes zu  
heben, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Bevölkerung zu för-  
dern und zu pflegen, war sein unausgesetztes Bemühen. Er war  
ein Agrarier, aber ein solcher, der über den Interessen der Land-  
wirtschaft die Gesamtinteressen nicht vergaß und sich stets ver-  
gegenwärtigte, daß der Abgeordnete des ganzen Landes allgemeines  
Wohl und Bestes wahrzunehmen hat. Selber einen städtischen Bezir-  
k vertreten, kann ich ihm mit gutem Gewissen dieses Zeugnis  
ausstellen. Ich glaube, wir können von ihm aber auch weiter  
sagen, daß er ein begeisterter Anhänger der liberalen Sache war,  
für welche er aus treuer Ueberzeugung seine beste Kraft eingesetzt  
hat. Sein Andenken wird nicht nur in dieser Gegend, sondern  
auch in der nationalliberalen Partei des Landes und im badischen  
Landtage in Ehren bleiben. Er ruhe in Frieden."

**Eberbach, 19. Nov.** Der hiesige Bürgerausschuß hat  
in seiner gestrigen Sitzung die Beleihung von Schiffen  
durch die Sparkasse genehmigt. Schon vor zwei Jahren hatte  
genannte Kasse nach einer Form gesucht, unter der sie den Schiffen  
billigeren Kredit hätte gewähren können, als sie ihn z. B. bei  
Privaten erhalten, doch ließ sich ein gangbarer Weg damals nicht  
finden. Nachdem nun das neue Binnenschiffahrtsgesetz die Ver-  
pfändung von Schiffen durch Eintragung ins Schiffsregister er-  
möglicht hatte, war der Verwaltungsrat beim Groß- Ministerium  
des Innern nochmals vorstellig geworden und hatte erreicht, daß  
der Sparkasse vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses  
die Gewährung von Darlehen auf Schiffe gestattet würde. Selbst-  
verständlich muß dem Umstande Rücksicht getragen werden, daß die  
Sicherheit, die ein Schiff gewährt, eben doch nicht der z. B. durch  
ein Haus gebotenen gleichkommt. Die Sparkasse hatte deshalb  
schon verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Sicher-  
heit vorgezogen und das Ministerium hat — im allgemeinen  
im Einklang mit diesen Vorschlägen — eine Reihe von genaueren  
Bedingungen formuliert, von denen die Beleihung abhängig sein  
soll. Indessen sind diese Bedingungen für die Schiffer keineswegs  
unerfüllbar, und dieselben haben somit allen Grund, für die Verneuerung  
dankbar zu sein. Vielleicht werden andere Sparkassen dem Bei-  
spiele der Eberbacher Kasse folgen. — Weiter genehmigte der  
Bürgerausschuß in gleicher Sitzung zwei unter Anlehnung an das  
neue Gesetz vom 6. Juli d. J. vereinbarte freiwillige Zusammen-  
legungen von Baugrundstücken, sowie einen Kostenbeitrag  
von 850 M. zu den Vorarbeiten für eine Schmal-  
spurbahn Eberbach-Medesheim-Wiesloch.

**Karlsruhe, 19. Nov.** Rechtsanwalt Dr. Weiß aus  
Karlsruhe hielt gestern Abend im hiesigen deutsch-freimüthigen Ver-  
ein einen Vortrag über die Militärgerichtsbarkeit und die  
öffentliche Meinung, zu welchem sich ungefähr 150  
Teilnehmer, darunter Anhänger aller politischen Parteien, einge-  
fanden hatten. Wir anerkennen gerne, daß sich der Redner mit  
seinen Ausführungen der größten Sachlichkeit befleißigte und es  
erfreulichweise vermied, andere Parteien zu verunglimpfen. Was  
er zur Sache selbst sagte, hätte gerade so gut auch von einem  
nationalliberalen Redner gesagt werden können, denn darüber sind  
heute so ziemlich alle Parteien einig, daß die preussische Militär-  
strafprozess-Ordnung vom Jahre 1845 in unsere heutige Zeit mit  
ihren geläuterten Rechtsanschauungen nicht mehr paßt. Wie aus  
der Erklärung des Reichstanzlers zum Fall Wärsenig hervorgeht,  
ist die Regierung auch daran, Remedur einzutreten zu lassen. Daß  
die Deutschfreimüthigen sich nun in dieser Sache als die Vertreter des  
Vaterlandes auszeichnen, wo auch andere Parteien dieselben  
Ziele verfolgen, ist etwas komisch. Was der Redner  
über den Duellunfug ausführte, ist ebenfalls Gemeingut anderer  
Parteien. Die Ansicht des Redners, daß der Soldat und der  
Offizier außer Dienst keine Waffe tragen sollte, ist eine Eigenart  
des Deutschfreimüthigen, die wir ihm nicht streitig machen wollen.  
Recht erfreulich war es für uns, auch einmal aus einem deutsch-  
freimüthigen Munde die Genialität des großen Staats-  
mannes Fürst Bismarck preisen zu hören. Sehr gut  
stand es dem Redner an, anzuerkennen, daß wir im Deutschen  
Reiche eine starke Militärmacht zur Erhaltung des Friedens  
bedürfen, während anerkanntermaßen zur Schaffung dieser  
Macht die Partei des Redners wenig beigetragen hat. Wenn er  
von einer beleidigenden Selbstüberhebung des Militärs und einer  
Selbstunterschätzung des Bürgertums redete, so waren dies Schlag-  
wörter, die in ihrer allgemeinen Fassung nicht sichthaltig sind.  
Vor der öffentlichen Meinung haben auch wir, wie der Redner,  
allen Respekt, wenn sie aus dem Volksbewußtsein herauswächst  
und nicht künstlich durch Agitatoren in das Volk hineingetragen  
wird. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall,  
und eine Resolution, welche sich gegen den Duellunfug und die  
Ausnahmestellung der Militärgerichte wendete, fand einstimmige  
Annahme, wie auch eine diesbezügliche Petition an den Reichstag  
mit zahlreichen Unterschriften bedeckt wurde.

**Offenburg, 19. Nov.** Aus Anlaß der bevorstehenden Ge-  
neuerungs- und Ergänzungswahlen zum Bürger-  
ausschuß fanden gestern Abend zwei Versammlungen statt, die  
eine war vom sozialdemokratischen, die andere vom  
freimüthig-ultramontanen Wahlkomitee anberaumt. Letz-  
teres nennt sich mit dem wünschenswerten und voller intendem  
Namen das Komitee der vereinigten Bürgerparteien,  
was allerdings schon eine Unwahrheit enthält, da in diesem  
Komitee nicht die Bürgerparteien vertreten sind, sondern nur  
zwei. Von den zwei Komitees waren gestern Antrufe an die  
Wähler erschienen. Der des sozialdemokratischen Komitees wendet  
sich besonders gegen Herrn Musser, der des freimüthig-ultramontanen  
Komitees gegen Herrn Gerd, und dann besonders gegen die  
bisherige Mehrheit des Bürgerausschusses und gegen den Gemeindevor-  
stand und deren Verhalten in der Gasfrage. In der freimüthig-  
ultramontanen Versammlung wendete sich Herr Musser zunächst gegen das sozial-  
demokratische Flugblatt und verteidigte sich gegen einen Teil der  
darin gegen ihn gerichteten Angriffe und erwiderte solche mit der  
gleichen Waffe. Wenn Herr Musser aber empört ist über gegen ihn  
gerichtete grundlose Verdächtigungen, wenn er es auffallend findet, daß  
Gerd gegen die nationalliberale Partei und dem Gemeindevorstand im  
gegenwärtigen Augenblick nicht so scharf losgeht wie man es auf  
der anderen Seite vielleicht wünscht, so möge sich Herr Musser doch  
erinnern an manche Vorwürfe, die er gegen die nationalliberale  
Partei unseres Landes gerichtet hat, z. B. daß sie sich Bismarck erst  
wieder nach dessen Verhöhnung mit dem Kaiser zugewendet habe,  
eine grobe Unwahrheit, so viel, wie irgend eine der von Herrn  
Musser seinem Gegner, der auch der unsere ist, Herrn Gerd vor-  
geworfenen. Herr Musser konnte und mußte wissen, daß jene Züge  
nach Riffingen lange vor der Verhöhnung mit ihren Taufenden  
nicht von der freimüthigen, nicht von der ultramontanen Partei,  
sondern von der nationalliberalen ausgehen. Ferner er-  
innern wir uns — vielleicht hat es Herr Musser vergessen,  
daß er seit Jahren von der Feindschaft und Gefährlichkeit der  
Nationalliberalen bezüglich freierwilliger Entwicklung spricht. Welche  
Gefahren der Ultramontanismus für die freie, d. h. gemischte  
Schule, für Civilisation und Civilisation, für Pressefreiheit, für freie  
Volksbestimmung (Italien und der Kirchenstaat) hat, davon haben  
wir in den letzten Jahren kein Wort von Herrn Musser  
gehört. Er hat sich allerdings einmal pathetisch gegen  
die Umsturzvorlage erklärt, aber im gleichen Augen-  
blick den Vätern der Umsturzvorlage, den Gegnern der gemischten

Schule, den Gegnern der Civilisation z. z. die Hand zum  
schönen Bunde gereicht. Dabei verwahrt sich Herr Musser  
stets mit dem Brüllen der Ueberzeugung gegen den Vorwurf, seine  
Gesinnung zu verleugnen. Richtig, er hat noch die Unfehlbarkeit  
des Papstes und die hierarchischen Ansprüche des Ultramontanis-  
mus verteidigt, und von ultramontaner Seite erlangt man das  
auch gar nicht. Denn Herr Musser leistet ihr, so wie  
er ist, bessere Dienste als wenn er jenes thäte. In  
der Versammlung machte nun Herr Musser der nationalliberalen  
Partei besonders die Gasfrage zum Vorwurf, z. Teil in Dingen,  
für die diese Partei nicht verantwortlich ist, teils mit Be-  
hauptungen, die in dieser Weise der Begründung entgegen, z. B.  
dieselbe habe das Gaswerk ohne genaue Untersuchung übernehmen  
wollen, die Stadt sei besser gefahren, daß sie es erst jetzt über-  
nommen habe. Das läßt sich in einer Versammlung gut behaupten,  
wo niemand die betreffenden Akten und Nachweisungen zur Hand hat.  
Nach Herrn Musser trat ein Sozialdemokrat auf und suchte  
seine Partei und Herrn Gerd gegen die erhobenen Beschuldigungen  
zu rechtfertigen. Es mögen das etwa die Ausführungen Herrn  
Gerd in der sozialdemokratischen Versammlung gewesen sein. Herr  
Musser erwiderte darauf, daß das meiste des von dem Redner  
Vorgebrachten für die Frage des Abends keine Bedeutung habe.  
Dasselbe kann man auch von einem Teil der Ausführungen Herrn  
Musers sagen. Die hiesige nationalliberale Partei und deren  
Mehrheit im Bürgerausschuß hat nicht die von Herrn Musser so  
geheißelten Veränderungen im Gemeindegesetz bewirkt; wenn wir  
etwa eine ultramontane Mehrheit im Landtag befänden, was mit  
Herrn Musers Hilfe ja vielleicht einmal geschehen kann, da würde  
eine liberale, ja eine demokratische Zusammenlegung des hiesigen  
Bürgerausschusses auch nicht an der Schläge und an den Folgen  
ändern können.

**Offenburg, 19. Nov.** Die Bürgerausschusswahlen  
haben heute ihren Anfang genommen. In der Klasse der Nie-  
derstimmigen, welche heute 10 Vertreter zu wählen hatte,  
steigte die Liste der ultramontan-freimüthig-demokratischen Koalition,  
die bis auf einen Namen durchging. Die Sozialdemokraten  
gewannen einen Sitz, den der Redakteur des „Volksfreund“,  
Adolf Gerd, der mit 300 Stimmen gewählt wurde, einnehmen  
wird. Der Stimmunterschied zwischen der sozialistischen und der  
Koalitionsliste war sehr unbedeutend. Von 104 Wahlberechtigten  
haben 64, also 61,6 Proz., abgestimmt. Die Nationalliberalen  
hatten zwar ebenfalls eine eigene Liste aufgestellt, allein auf einen  
Erfolg haben sie in dieser Klasse von vorneherein nicht gerechnet.  
Von den 9 Koalitionskandidaten sind 5 ultramontan, 4 demo-  
kratisch mit einem Sitz im Schwärzliche.

**Freiburg, 18. Nov.** Schon lange hegte der hiesige  
Luisen-Frauen-Verein (seit kurzem unter dem Protektorat  
F. R. H. der Erbgroßherzogin stehend) die Idee, zum Besten seiner  
Hochschule eine Wohlthätigkeitsausführung zu veran-  
stalten. Heute ist diese Idee wirklich geworden; die erste Auf-  
führung fand im Harmonieaal statt. Der Besuch durch das  
Publikum war äußerst zahlreich; die Erbgroßherzoglichen  
Herrschaften erschienen mit ihrem Hofstaat. Der Bajoro-  
prolog, für die Veranstaltung umgedichtet, leitete das Ganze ein.  
Daran reihte sich die Darstellung zweier Theaterstücke: „Eine voll-  
kommene Frau“, Lustspiel von Goethe, und „Versprechen hinter  
Her“. Es wurde recht flott und mit Humor gespielt. Großen  
Beifall erregten im Baumgarten'schen Singpiel namentlich Herr  
Dr. Wegger (manchem Karlsruher Wiederkehrer wohl noch als  
Solobass bekannt) und Frau Ziegler, welche auch die Regie  
übernommen hatte. Ein Epilog schloß die Vorstellungen. Nach  
der eigentlichen Aufführung ward den Buffets, deren Bedienung  
über 80 kostümierte Damen übernommen hatten, tüchtig zugeproben.  
Die hohen Herrschaften blieben bis nach 11 Uhr. Zum Schluß  
kam noch ein Tanztränken an die Reihe.

**Aus der Pfalz, 20. Nov.** Kürzlich ging eine Statistik  
durch die Blätter, in welcher die Frequenz der jugendlichen Ver-  
brecher in den einzelnen deutschen Landesteilen in Wort und Bild  
dargestellt war. Daran war die für uns Pfälzer unerfreuliche  
Thatsache zu erkennen, daß in dieser Beziehung in ganz Deutschland  
die bayr. Pfalz „obenan steht“, das heißt, in keinem Landesteile  
gibt es so viele jugendliche Verbrecher, wie in der Pfalz, aus-  
genommen die Stadt Hamburg. Unter diesen Verbrechern dürften  
sich wohl die meisten auf Wasser-Asien beziehen, die in  
kurzen Zwischenräumen immer und immer wieder auftauchen. So  
wurde gestern Nacht wiederum ein Mord in der Vorderpfalz  
verübt. Der Anfang der 50er Jahre lebende Nachtmörder Kub-  
bas in Neuhofen wurde bei seinem nächtlichen Wandaug von  
dem 23jährigen Tagger Jakob Gaul aus Nahe einsack über  
den Hals gestochen, so daß er alsbald seinen Geist aufgab. Drei  
Brüder des Mörders haben bereits wegen ähnlicher dreier Frei-  
heitsstrafen verübt. Erwähnenswert ist, daß ein Bruder des Er-  
stgenannten vor längerer Zeit auf dieselbe Weise ums Leben kam.

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 20. Novbr.

— Die Fortschritte in der Genesung S. B. S. des Großherzogs  
sind, von geringen Schwankungen abgesehen, befriedigend. Der  
Krafftzustand gestattet zwar, daß Höchstwahrheit den größeren Teil  
des Tages außer Bett zubringt, erfordert aber immer noch viel  
Echonung.

— Herrn Oberbürgermeister Schneller wurde anlässlich  
seines 50. Geburtstages gestern Abend vom „Viedertanz“ und  
heute Vormittag von der Kapelle des Leibregimentregiments ein  
Ständchen gebracht. Auch an dieser Stelle seien dem verehrten  
Stadtoberhaupt die herzlichsten Glückwünsche dargebracht. Möge  
es ihm beschieden sein, noch viele Jahre in bester Gesundheit seines  
schweren Amtes zu walten!

— Deutscher Eisenbahnreformverein. Die gestrige Jahres-  
versammlung der Section Karlsruhe war sehr besucht. Wir  
schreiben dies hauptsächlich dem Umstand zu, daß die Versammlung  
auf 7/8 Uhr angesetzt war. Die Verhandlungen begannen  
allerdings erst um 9 Uhr; aber es ist sicherlich kein Vergnügen  
und kann unmöglich die Lust zum Besuche solcher Versammlungen  
heben, wenn man erst 2 Stunden warten muß, bis man etwas zu  
hören bekommt. Der Vorstand, Prof. Böhling, verbreitete  
sich in längerem Vortrag über die badische Eisenbahnreformpolitik  
und die Forderungen des Vereins für die Zukunft. Die erstere  
ist nach des Redners Ansicht total verfehlt, da die leitenden Männer  
an eine wirklich durchgreifende Reform überhaupt nicht heranzutreten  
wagen und auch die allerbedeutendsten Forderungen unberücksichtigt  
lassen. Solche Forderungen weiß der Vorsitzende in Menge aufzuzählen:  
3. Klasse in allen Zügen, Vermehrung der Schnellzüge, namentlich  
auf den Hauptlinien, Abschaffung der Zuschlagstaxen und der 1.  
Klasse, Trennung des Durchgangsverkehrs vom Lokalverkehr,  
bessere Anschlüsse der Lokalzüge an Durchgangszüge, Reduzierung  
des Fahrpreises (speziell z. B. des Kilometerpreises z. Kl. auf 20 M.)  
u. s. w. Man wird einen Teil dieser sog. kleineren Wünsche des  
deutschen Eisenbahnreformvereins ohne Bedenken unterstützen können,  
da durch die Erfüllung derselben das Budget wohl nicht allzufehr  
erhöht würde. Anders sieht es mit der sog. großen Forderung der  
Einführung des Zonen-tarifs. Es wird neuerdings, besonders  
auch gestern Abend, auf das Beispiel Belgiens hingewiesen, wo seit  
Oktober Engels Zonen-tarif nahezu Thatfache geworden ist. Bel-  
gien gibt für 20 Mark 20 Karten aus, die den Käufer innerhalb  
eines Jahres zu 20 beliebigen Reisen auf der belgischen Staats-  
bahn berechtigen, welche je an einem Tage dieses Jahres ausge-  
führt werden. Also nur noch ein Schritt, so folgern unsere  
Reformpolitiker, und wir haben für Belgien, was Engel für  
Deutschland fordert: für 1 Mark durch ganz Deutschland eine  
Fahrt in dritter Klasse. Wird auch dieser Schritt gethan, dann

ist der Simson erstanden, der mit einem Ruck den Tariftempel  
aller Eisenbahnhilfster zum Sturz bringen wird.“ Hier werden  
ohne weiteres belgische Verhältnisse auf deutsche angewandt, was  
wir für durchaus verfehlt halten. Belgien besitzt bekanntlich das  
relativ größte Eisenbahnnetz der Welt, welches zudem  
nahezu ganz gleichmäßig auf's ganze Land verteilt ist.  
In Deutschland ist heute schon auf gewissen Hauptstrecken der Ver-  
kehr manchmal kaum zu bewältigen. Der Einfluß auf den Staats-  
haushalt, den eine solche durchgreifende Maßregel, wie die Ein-  
führung des Zonen-tarifs herbeiführen würde, läßt sich auch nicht  
annähernd überblicken und muß deshalb einen besonnenen Staats-  
mann zu besonderer Vorsicht mahnen. Diesen Bedenken gab auch  
der folgende Redner, Herr Landtagsabg. Delsle, Ausdruck, in-  
dem er vor allzu weitgehenden Forderungen warnte. Delsle  
wünscht vor allem die Schaffung eines einheitlichen Personen- und  
Gütertarifs. Namentlich der letztere sei in seiner jetzigen Gestalt  
ganz unhaltbar. Wir sind auch in dieser Frage anderer Meinung.  
Insbesondere ist eine einheitliche Regelung des Gütertarifs einfach  
unmöglich. Gegen die Verschwerde Böhling's wegen Aufhebung des  
bisher gewährten Rabatts bei den Kilometerkarten wandte sich  
mit Recht Herr Barthold, indem er betonte, daß der Rabatt  
ja doch nur den Wohlhabenden zu gute gekommen sei. Herr Rechts-  
anwalt Fröhlich entwickelte die Gründe, warum sich der süd-  
deutsche Verband aufgelöst und sich dem großen deutschen Verbande  
angeschlossen habe. In seinen übrigen Ausführungen zeigte er sich  
als überzeugter und eifriger Anhänger der weitgehenden Reformen.  
Zum Schluß wurden noch geschäftliche Mitteilungen gemacht,  
laut welchen die Einnahme im verfloffenen Jahre 206 M., der  
Kassenvortrag (nach Abzug der Unkosten) 72,18 Mark betrug. Die  
hiesige Section zählt z. Z. 201 Mitglieder; neu eingetreten sind 7.  
Nach 11 Uhr war die Versammlung zu Ende.

— Die erste höhere Zahlensprüfung hat gestern begonnen.  
Es sind nicht weniger als 64 (!) Kandidaten erschienen, von welchen  
indefen schon am ersten Tage 9 zurückgetreten sind.

— Lebende Photographien. Im Saale der Kaiser Wilhelm-  
Passage Nr. 23-29 finden von jetzt ab abends von 5-9 Uhr  
Vorführungen lebender Photographien vermittelt des Kinetogra-  
ph Lumiere statt, worauf wir unsere Leser besonders aufmerk-  
sam machen. Später werden die Vorstellungen, die ihr Programm  
alle 14 Tage wechseln, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr  
und von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends stattfinden.

— Keller- und Zimmerbrand. Gestern Abend gegen 7 Uhr  
brach in dem Keller Markgrafenstraße 7 auf bis jetzt nicht  
ermittelte Weise Feuer aus, welches ein Faß Erdöl, Spiritus  
u. dergl. in Brand setzte und verzehrte. Die 1. Kompanie der  
freiwilligen Feuerwehrlöschtruppe löschte nach etwa 15 Minuten Arbeit  
das Feuer vollständig. Der Schaden wird sich immerhin auf 800 bis  
400 M. belaufen. — Am 19. abends 6 Uhr entbrach in einem  
Haufe des westlichen Teils der Amalienstraße ein Zimmer-  
brand, welchem ein Paar Vorhänge zum Opfer fielen. Die Ursache  
des Brandes ist noch unermittelt.

### Stimmen aus dem Publikum.

Karlsruhe, 19. Nov. Anlässlich der Aufführung des  
Muzoramas „Der Flutgeist“ von Hillebrand scheint es mir ge-  
boten, auf einen bedeutenden deutlichen Komponisten aufmerksam  
zu machen, der in Anbetracht seiner hervorragenden Musikramen  
viel zu wenig bekannt ist, von anderer Seite aber, die nur in H.  
Strauß das Heil erblickt, mit Unrecht nicht gemacht werden.  
Es ist durchaus ungerath, wenn es dem Deutschen auch eigen ist,  
das Fremde zu lieben und zu huldigen, das deutsche Gediege  
aber zu vernachlässigen oder gar zu verunglimpfen. Wahrlich,  
wenn dem nicht so wäre, müßten G. Kiefer's „Kunstpild“ und  
„Baldur's Tod“ längst Gemeingut aller hervorragenden deutschen  
Bühnen sein. „Kunstpild“, die der Komponist im Laufe des Som-  
mers nochmals überarbeitet, wurde letzten Winter mit großem  
Beifall in München, Stuttgart und Würzburg aufgeführt. Es ist  
wahrhaft edle Musik, die uns Kiefer bietet. „Baldur's Tod“ wurde  
bis jetzt noch nicht aufgeführt. Vor mir liegt aber der Klavierauszug  
sowie eine namhafte Zahl Besprechungen desselben. Ich frage jeden  
Sachverständigen, ob die Einleitung nicht wahrhaft wunderbar  
schön ist (sie verarbeitet als Hauptmotiv das „Benedicamus“  
der kathol. Liturgie, das auch im „Flanzengrün“ und am Schluß  
des Dramas eine Hauptrolle spielt)? Kiefer, ein ebenso wahrer  
Versther Richard Wagner's, als entschiedener Gegner der sogen.  
„Wagneriten“ (à la H. Strauß), die papistischer sind, als der Papst  
selbst, sieht auf völlig eigenem Boden; das beweist schon der Um-  
stand, daß in „Baldur's Tod“ der Chor wieder zu seinem Rechte  
kommt. Warum hat Karlsruhe, das längst den besten Klang in  
Bezug auf seine Oper hat, bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, eines  
der genannten Muzoramas Klavier zu hören? Muß es immer  
das Werk eines fremden Autors sein, das in Karlsruhe seine  
Erstaufführung erlebt? Hier wäre der Karlsruher Bühnenleitung  
Gelegenheit gegeben, das herrliche Werk eines bedeutenden deut-  
schen Komponisten zur Erstaufführung zu bringen. Ich bin der  
Ueberzeugung, das Resultat wäre ein anderes gewesen, als bei der  
Erstaufführung des „Flutgeistes“.

Karlsruhe, 19. Nov. (Das Konzert des Evang.  
Südstadtkirchenchores am 15. Nov. d. J. betreffend.)  
Es ist leicht begreiflich, daß das erste öffentliche Auftreten eines  
Bereins verschiedenartiger Beurteilung unterworfen ist, was übri-  
gens, namentlich der Vereinsleitung, nur erwünscht sein kann; mit  
einer unbegründeten Lobhudelei, wie solche eine hiesige Zeitung  
brachte, ist der Sache wenig gedient. Nun, in musikalischer Be-  
ziehung sind die Urteile gegeben, und wenn im allgemeinen die  
Leistungen eine günstige Beurteilung fanden, so ist diese  
gelinde Kritik mit Rücksicht auf das jugendliche Alter  
und das erstmalige Auftreten des Vereins sehr ange-  
bracht. Unvergleichlich ist es aber, daß bezüglich der Auswahl  
der Programmnummern nicht mit der gehörigen Sorgfalt zu Werke  
gegangen wurde; sonst hätte es nicht vorkommen können, daß in  
einer evang. Kirche zwei Solovorträge gesungen wurden, deren In-  
halt mit der evang. Anschauungsweise geradezu im Widerspruch  
steht; wir meinen: „O salutaris“, eine Verberlichung der Heilig-  
en, und „Ave Maria“. Hoffentlich werden solche Verhältnisse in Zukunft  
nicht mehr vorkommen.

Aus Mittelbaden. Auf die Ausführungen in  
Nr. 270 I. d. Bl., Reallehrer betr., möge folgendes erwidert wer-  
den: Der Herr Korrespondent führt darüber Beschwerde, daß gegen-  
wärtig im Großh. Baden sich eine Anzahl Realchulandkandidaten be-  
findet, die „einfach von der Erlangung einer definitiven Real-  
lehrerstelle ausgeschlossen ist.“ Dem gegenüber ist zunächst zu be-  
tonen, daß der gepriete Kandidat, gleichviel ob Fortmann oder  
Philologe oder Jurist oder Realchulandkandidat, durch Ablegung des  
Examins sich kein Recht auf staatliche Anstellung er-  
wirbt; ebenso legt sich die vorgelegte Behörde durch Abnahme  
des Examins in keiner Weise die Verpflichtung auf, die  
geprieten Kandidaten anzunehmen. Sie bietet jedem Gelegenheit,  
durch das Ablegen einer Prüfung eine bestimmte Befähigung nach-  
zuweisen. Ueber das Weitere entscheidet einfach die Bedürfnis-  
frage. Der Staat ist nicht in der Lage, plötzlich eine Anzahl  
neuer Stellen zu schaffen, wenn die Zahl der geprieten Kandidaten un-  
verhältnismäßig steigt. Die Herren Reallehrer mögen sich doch ein-  
mal die Karriere der Philologen oder der Verwaltungsbeamten  
und Gerichtsschreiber vergegenwärtigen. In den 60er Jahren  
dauerte es 12-15 Jahre, bis ein Praktikum Professor wurde.  
Und heute gibt es Volontäre, die jeit 3-5 Jahren das Examen  
gemacht haben und noch nicht einmal zur Verwendung kommen  
konnten. Es kümmert sich auch niemand darum, in welcher Weise  
sich diese durchschlagen. Da sind ja die Reallehrer, die vorerst an  
der Volksschule thätig sind, immer noch besser daran; sie sind







